Nr. 16. 48. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Donnerstag, 16. Januar 1919

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Liebknecht und Rosa Luxemburg nach ihrer Verhaftung getötet.

Liebknecht bei einem Fluchtversuch erschossen; Rosa Luxemburg von der Menge gelyncht.

Wie wir bereits in der heutigen Morgenausgabe mitteilen konnten, wurden gestern abend in der Mannheimer Straße, wo sie bei einem Freunde übernachteten, Liebknecht — und Rosa Luxemburg — durch Militärpersonen verhaftet. Liebknecht bestritt anfänglich, der Gesuchte zu sein. Er und Rosa Luxemburg wurden trotzdem zum Edenhotel am Zoologischen Garten, in dem sich das Militärkommando befindet, gebracht. Auch hier bestritten beide ihre Identität, bis durch einwandfreie Personen festgestellt wurde, daß es sich bei den Verhafteten um Liebknecht und um Rosa Luxemburg handelt. Bei dem Transport nach Moabit machte Liebknecht einen Fluchtversuch und wurde dabei erschossen. Rosa Luxemburg wurde in dem Augenblick, wo sie das Edenhotel unter Bewachung verließ, von der Menge geschlagen und auf der Weiterfahrt von einem unbekannten Manne durch einen Schuß getötet.

*

Der durch das W. T. B. ausgegebene Bericht hat folgenden Wortlaut:

„In der Stadt laufen immer bestimmtere Gerüchte um, wonach Karl Liebknecht, der heute nacht verhaftet und in das Stabsquartier im Edenhotel abgeführt wurde, während seines Transportes nach Moabit am Neuen See im Tiergarten einen Fluchtversuch unternommen hätte und, als er auf wiederholten Anruf der Wache nicht stehen blieb, erschossen worden sei. Auch Rosa Luxemburg war verhaftet und nach dem Edenhotel gebracht worden. Angesichts der drohenden Haltung der Menge, die das Edenhotel immer dichter umdrängte, wurde zu einer List gegriffen, um sie in einem Wagen abtransportieren zu können. Die Menge erkannte die Gefangene aber, riß sie aus dem Wagen heraus und mißhandelte sie fürchterlich. Es war nicht möglich, ihr Hilfe zu bringen. Es heißt, sie sei erschossen worden. Der Wagen, in dem die Luxemburg transportiert wurde, wurde leer am Kanal aufgefunden. Von dem Verbleib der Leiche hat man keine Kenntnis. Für diese Meldung liegt eine amtliche Bestätigung bisher nicht vor.

*

Zu der Erschießung Liebknechts und Rosa Luxemburgs berichtet noch die B.-E.-Korrespondenz:

Am gestrigen Mittwoch abend hatten sich Liebknecht und Frau Luxemburg in eines ihrer Schlupfwinkel in dem Hause Mannheimer Straße 43 begeben, wo sie, wie schon öfter, in der Familie des Wilmersdorfer Arbeiterrates Marcusson Unterkunft fanden. Es war offenbar eine Zusammenkunft der Spartacus-Führer dort geplant, denn Kriminalbeamte, welche die Hauptmitglieder der kommunistischen Partei überwachen, hatten ein Gespräch aufgefangen, in welchem es hieß:

Treffpunkt heute abend Marcusson.

Das ganze Haus wurde von Kriminalbeamten und Sicherheitssoldaten umstellt. Kurz nach 8 Uhr drangen die Beamten in die Wohnung des Marcusson ein und nahmen ihn, seine Frau sowie Liebknecht und Rosa Luxemburg gefangen. Liebknecht wurde ebenso wie seine Genossen in das nächste Standquartier der Bürgerwehr am Nikolsburger Platz gebracht, der sofort nach allen Seiten abgesperrt wurde, da man einen Ueberfall der Spartacisten vermutete. Gegen 9 Uhr wurde Liebknecht in einem Kraftwagen nach dem Stabsquartier der Gardekavallerieschützendivision am Kurfürstendamm, in das Eden-Hotel, gebracht, wo er sofort verhört wurde. Anfänglich leugnete Liebknecht und behauptete Marcusson zu heißen. Eine Gegenüberstellung mit der Frau M. ergab jedoch, daß man den richtigen Mann gefaßt hatte. Später gab dann Liebknecht zu, der Gesuchte zu sein. Der dienstthabende Offizier wollte ihm nun mit, daß er nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht werden würde. Zu diesem Zwecke ließ man einen stark bewachten, offenen Militärkraftwagen an die Seitenpforte des Hotels kommen, da sich auf das Gerücht von der Verhaftung eine große Menschenmenge am Kurfürstendamm eingefunden hatte. Liebknecht wurde zum Kraftwagen gebracht. Die Menge hatte jedoch den Vorgang beobachtet und im nächsten Augenblick war der Verhaftete von einem schreienden Menschenhaufen umgeben, die unter Rufen „Nieder mit Liebknecht", „Schlagt den Mörder tot" auf ihn eindrangen. Irgend jemand versetzte dem Gefangenen mit einem Stock einen so schweren Schlag über den Kopf, daß er eine stark blutende Wunde davontrug. Die hinzueilenden Mannschaften brachten Liebknecht nun in das Auto, das dann schnellstens davonfuhr um den Gefangenen vor weiteren Mißhandlungen zu schützen. Der Transportführer hatte den Befehl erhalten, durch den Tiergarten nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit zu fahren. Auf der Charlottenburger Chaussee, etwa in der Höhe des Neuen Sees,

erlitt der Kraftwagen eine Panne

und der Chauffeur erklärte, daß die Reparatur längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Darauf beschloß man, Liebknecht in einen anderen Wagen zu bringen. Der Führer des Transports fragte den Verhafteten, ob seine Wunde ihm erlaube, bis zur Hofjägerallee zu Fuß zu gehen. Dort wollte man den Festgenommenen in dem nächstbesten Wagen weiterbefördern. Liebknecht erklärte, daß er gehen könne und stieg aus dem Kraftwagen aus. Etwa 50 Meter ging er neben seinen Begleitern einher. Als der Trupp in die Nähe der Bäume kam,

stieß Liebknecht im schützenden Dunkel den Transportführer beiseite und entfloh.

Die Wachmannschaften riefen ihm ein dreimaliges „Halt!" nach und gaben dann, als er nicht stehen blieb, mehrere Schüsse ab. Von zwei Kugeln durchbohrt, sank Liebknecht zu Boden und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Man rief ein Droschkenauto herbei und brachte L. nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Der Tod Rosa Luxemburgs.

Eine Stunde nach der Einlieferung Liebknechts in das Eden-Hotel wurde auch Rosa Luxemburg unter starker Bedeckung vom Nikolsburger Platz zum Divisionsstab gebracht. Bei dem Verhör gab sie unumwunden zu, die Gesuchte zu sein und protestierte gegen ihre Gefangennahme, die lediglich durch die Reichsregierung erfolgen dürfe. Der Offizier vom Dienst erklärte ihr, daß ihre Verhaftung nur ein Provisorium sei und daß man sie nach Moabit schaffen müsse, um weitere Befehle der Regierung abzuwarten. Um Frau Luxemburg vor ähnlichen Mißhandlungen zu schützen, wie sie Liebknecht erlitten hatte, erhielt ihr Transportführer folgende Anweisungen. Er begab sich auf die Straße, die nur von wenigen Personen belebt war und rief mit lauter Stimme: „Gehen Sie nach Hause, Rosa Luxemburg ist bereits durch einen anderen Ausgang fortgeschafft worden." Dann bestieg er seinen Kraftwagen und rief dem Chauffeur zu: „Nach Hause." Das Auto machte an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche eine Schleife und kehrte dann an den gleichen Eingang des Hotels zurück. Schnell eilte der Transportführer in die erste Etage und brachte

Frau Luxemburg unter einer Bedeckung von sechs Mann

auf die Straße. Die wenigen Minuten, die dieser Vorgang erforderte, hatten genügt, um mehrere hundert Personen herbeizulocken, die den Abtransport der Führerin des Spartacus-Bundes erwarteten. In dem Augenblick, als Frau Luxemburg die Straße betrat, drang die Menge auf sie ein. Der Transportführer stellte sich mit ausgebreiteten Armen vor die Gefangene, um sie vor Mißhandlung zu schützen. Er wurde jedoch beiseite gerissen und Frau Luxemburg erhielt mehrere Schläge über den Kopf, so daß sie bewußtlos zu Boden sank. Die hinzukommenden Verstärkungen konnten schließlich die Menge zurückdrängen und man schaffte die Verletzte in das Auto, das eilig davonfuhr. Am Kurfürstendamm, etwa in der Höhe der Nürnberger Straße, **sprang plötzlich ein unbekannter Mann auf das Trittbrett des Autos und feuerte einen Schuß auf die Verhaftete ab.** Er verschwand im Dunkel, ohne daß er festgenommen werden konnte. Das Auto fuhr weiter, wurde jedoch an der Hitzigbrücke von einer riesigen Menschenmenge aufgehalten. Man stürmte auf die Soldaten ein und **riß den Körper der bereits Verschiedenen aus dem Wagen heraus. Noch ehe die Soldaten sich freimachen konnten, waren unbekannte Personen mit dem Leichnam im Dunkel des Ufers verschwunden.**

Suche nach der Leiche Rosa Luxemburgs.

Es war heute in Berlin das Gerücht verbreitet worden, daß die Leichen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in den Neuen See geworfen worden seien. Während die Leiche Liebknechts noch im Laufe des Vormittags im Schauhause identifiziert wurde, konnte jene Rosa Luxemburgs bisher nicht aufgefunden werden. Es wurde infolgedessen heute vormittag durch Soldaten und Arbeiter der ganze Neue See und die angrenzenden Teile des Landwehrkanals abgesucht. Auf Kähnen kreuzten die Soldaten den See und den Kanal ab und untersuchten mit langen Stöcken und anderen geeigneten Mitteln das Wasserbett. Es ist bisher nicht gelungen, die Leiche der Rosa Luxemburg oder Spuren davon aufzufinden.

*

In der **Reichskanzlei** war man am heutigen Vormittag über den Tod der beiden Häupter der Spartacus-Bewegung noch nicht informiert. Man hatte wohl von dem Ende Karl Liebknechts bereits Nachricht, doch fehlten noch alle näheren Einzelheiten. Die Regierung will sofort die notwendigen Erhebungen anstellen, um dann einen genauen Bericht über das Ende beider geben zu können.

*

In den Räumen des Stabes der Division, die den Westen Berlins besetzt hat, herrschte heute Morgen ein lebhaftes Kommen und Gehen. Es herrschte über die Vorgänge der Nacht natürlich noch begreifliche Aufregung. Alle Beteiligten, die Transportführer, ebenso wie die Mannschaften, wurden durch den Gerichtsoffizier der Division eingehend über die Vorfälle vernommen. Die **Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen,** da einige 40 Personen Aussagen zu machen haben. Es steht jedoch schon jetzt mit Sicherheit fest, daß die Transportführer und die Mannschaften kein Verschulden an dem Tod der beiden Gefangenen trifft. Die Begleiter haben mit Aufgebot aller Kraft versucht, die ihnen übergebenen Gefangenen zu schützen. Die Erregung des vor dem Hotel am Kurfürstendamm stehenden Menge war jedoch so groß, daß durchgreifender Schutz nicht gewährt werden konnte.

Karl Liebknechts Ende.

P. M. Noch jede Revolution hat Personen an die Oberfläche getragen, die an sich zu einer Führerrolle völlig ungeeignet waren, aber das Register der demagogischen Rhetorik virtuos zu handhaben wußten. Karl Liebknecht, die Karikatur seines bedeutenden Vaters, gehörte zu diesen problematischen Naturen. Er hatte von Wilhelm Liebknecht das revolutionäre Draufgängertum geerbt, aber nicht seinen politischen Instinkt. Obgleich er, im Jahre der Reichsgründung geboren, schon im frühen Alter sich als radikaler Sozialdemokrat betätigte, haben ihm die Massen doch nie recht getraut. Erst bei den letzten Wahlen im Januar 1912 kam er als Vertreter für Potsdam—Spandau—Osthavelland in den Reichstag. Und hier hatte er vor dem Kriege überhaupt nichts zu sagen. Als er aber in der Uniform eines Armierungssoldaten, mit ungebändigtem Ingrimm gegen den Militarismus erfüllt, die Tribüne betrat, erweckte er ein gewisses Interesse, das freilich mehr psychologischer als politischer Natur war. Der kleine Mann mit dem schwarzen Kraushaar in der feldgrauen Uniform des gemeinen Soldaten mit den militärischen Schaftstiefeln trat nun auf als der Führer des „Neusten", die sich „grenzenlos erdreusten". Daß er zu den Unabhängigen ging, verstand sich für Karl Liebknecht von selbst. Aber auch bei diesen litt es ihn nicht; mit dem ehemaligen sächsischen Volksschullehrer Otto Rühle zusammen bekannte er sich zum Kommunismus.

Dann brach der russische Absolutismus zusammen, und nun glaubte Liebknecht auch für das Deutsche Reich seine Zeit gekommen. Durch Streiks und Putsche wollte er die monarchische Regierung stürzen. Bei dieser Gelegenheit wurde er am Potsdamer Bahnhof verhaftet. Der Belagerungszustand bot den damaligen Machthabern eine bequeme Gelegenheit, ihm den Strick zu drehen. Leider beging der Reichstag den schweren Fehler, durch sein Verhalten Liebknecht zum Märtyrer zu stempeln. Er hatte im Artikel 31 der Verfassung die Möglichkeit die Aufhebung des Strafverfahrens gegen Liebknecht und der Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode zu fordern. Daß er auf dieses Recht verzichtete und damit Liebknecht dem Standgericht auslieferte, war eine Schuld, die sich im weiteren Verlauf der Ereignisse bitter gerächt hat. Wir haben damals auf die verhängnisvollen Wirkungen dieser Stellungnahme des Reichstags hingewiesen und an unserem lebhaften Bedauern keinen Zweifel gelassen.

Das gerichtliche Urteil mußte die Lage noch verschlimmern; Liebknecht wurde zu 4½jähriger Zuchthausstrafe verurteilt, aber die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm nicht aberkannt. Schon darin zeigte sich, daß die Affäre Liebknecht falsch angefaßt worden war. Da selbst die Angehörigen Liebknechts über seine geistige Krankhaftigkeit nicht im Zweifel waren, so wäre, wenn man Liebknecht nicht laufen lassen wollte, die Internierung in einer Anstalt für Geisteskranke geboten gewesen. Nun wurde Liebknecht durch die Glorioole des Märtyrertums in leuchtenden Farben vor die Augen der großstädtischen Masse gerückt. Es verstand sich von selbst, daß die revolutionäre Regierung ihm die Tore des Zuchthauses öffnen mußte. Aber Liebknecht kam aus dem Zuchthause genau so unbelehrt und unbelehrbar heraus, als er hineingegangen war. Er hat schon den ersten Tag seiner Befreiung dazu benutzt, die Revolution durch unüberlegte, ja kindische Handlungen zu kompromittieren. Wer ihn damals auf Automobilen durch die Straßen sausen sah, wie er die rote Fahne schwenkte und vom Balkon des Schlosses aus unverständliche Reden hielt, der konnte nicht daran zweifeln, es mit einem Nervenkranken zu tun zu haben.

Solange Liebknecht auf sich selbst und die verschwindend kleine Zahl seiner überzeugten Anhänger gestützt war, konnte er noch als verhältnismäßig ungefährlich gelten. Aber die Ereignisse sorgten dafür, daß er immer weiter in den Vordergrund geschoben wurde. Große Scharen von Deserteuren und verbrecherischem Gesindel sammelten sich um ihn, und nicht minder wußten die russischen Bolschewisten sich dieses ahnungslosen Narren zu bedienen. Die Komödie des kommunistischen Parteitages, die unter Assistenz des Herrn Radek im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses vor sich gehen durfte, brachte den Höhepunkt der Liebknechtschen Tätigkeit. Schon hier zeigte sich, daß Liebknecht ebenso wie die viel klügere Rosa Luxemburg die spartacistische Bewegung nicht mehr in der Hand hatten. Die Mehrheit der Spartacus-Anhänger lehnte mit guten Gründen eine Beteiligung an den Nationalwahlen, die nur zu einer Offenbarung der kommunistischen Ohnmacht geführt hätte, gegen Liebknecht und Luxemburg ab. Dafür setzte am 6. Januar die zweite Revolution zur Durchsetzung der kommunistischen Ziele ein. Man weiß, daß sie nach bolschewistischem Muster mit der Lahmlegung des Verkehrs, mit der Beseitigung der Zeitungsunternehmungen, mit Plünderungen, Brandschatzungen und allen Mitteln des Terrors geführt wurde. Das Selbstbewußtsein Liebknechts steigerte sich in diesen kritischen Tagen zum Größenwahn. Er sah sich schon als Oberhaupt der kommunistischen deutschen Republik und erließ in dieser Eigenschaft seine Befehle. Es war ein kurzer Traum. Nachdem

sich die Regierung aufgerafft und den spartacistischen Aufstand blutig niedergeschlagen hatte, war das Ende nicht mehr zweifelhaft. Der Tribun des kommunistischen Zwischenspiels wird Liebknecht in der Geschichte der deutschen Revolution genannt werden.

Rosa Luxemburg.

Rosa Luxemburg, die in so entsetzlicher Weise, durch eine in jedem Falle verdammenswerte Lynchjustiz, ums Leben gekommen ist, war der eigentliche Mann in der spartacistischen Bewegung und, mit Liebknecht verglichen, die weit stärkere Persönlichkeit. Sie beherrschte durch ihre außerordentliche Intelligenz und ihre Energie den Kampfgenossen, und mitunter hatte man den Eindruck, daß er ihr fast knabenhaft untergeordnet sei. Rosa Luxemburg hatte eine bewegte dramatische Vergangenheit. Sie war 1870 in Russisch-Polen geboren, besuchte die deutschen Universitäten, verheiratete sich mit einem gewissen Lübeck, einem deutschen Sozialisten, erwarb so das preußische Staatsbürgerrecht, wurde dann sofort wieder geschieden, saß mehrfach im Gefängnis und betrieb, so oft sie frei war, unablässig die revolutionäre Agitation. Sie war klein und sah ziemlich unscheinbar aus, hatte aber sehr kluge Züge und war fesselnd, sobald sie sprach. Sie glich im Grunde dem Typus der russischen Nihilistinnen und war in ihren Aeußerungen und Meinungen stets ultraradikal. Es darf auch von ihren Gegnern nicht geleugnet werden, daß sie in ihrem Handeln aufrichtig war, daß sie Armen und Unterdrückten zu helfen suchte, und daß bei ihr nicht, wie bei Liebknecht, Theatereitelkeit ein wesentlich mitbestimmender Trieb gewesen ist. Aber sie war maßlos in ihrem Haß und arbeitete mit allen Mitteln leidenschaftlich auf die Unterwühlung und Zerstörung alles Bestehenden hin. Dabei verbündete sie sich mit Elementen wie dem gewöhnlichen Verbrecher Eichhorn, und mit ihnen ließ sie nicht nur die Fanatikerkohorten, sondern auch den bewaffneten Janhagel gegen die Berliner Bevölkerung los. Sie hatte in ihrer krankhaften Verbohrtheit jedes Urteil verloren und sah nicht mehr die Grenzen, bei denen der politisch Kampf aufhört und das Verbrechen beginnt. Bis kurz vor dem Ausbruch der Spartacus-Revolte veröffentlichte sie in der „Roten Fahne" Artikel, in denen ihr schriftstellerisches Talent und ihr Wissen sich zeigten, und die gewiß zu literarisch für die Mehrzahl der Leser waren, für die sie schrieb. Dann, während der Revolte, residierte sie mit Liebknecht und Eichhorn abwechselnd im Polizeipräsidium und in der Bötzow-Brauerei, und als das Unternehmen mißglückt war, die Regierungstruppen überall die Oberhand behielten, flüchtete sie mit Liebknecht von Versteck zu Versteck. Sie hätte, mit den anderen, vor Gericht gestellt werden müssen und hätte, wegen Anstiftung der Revolte und verbrecherischer Taten, schwere Bestrafung verdient. Aber wir wollen Justiz für alle, und kein anständig empfindender Mensch billigt die von einer rasenden Menge ausgeübte Lynchjustiz.

Oberst House †

Wie ein Amsterdamer Telegramm meldet, ist Oberst House gestern in Paris im Alter von 60 Jahren plötzlich gestorben. House hat Wilson im Jahre 1911 kennen gelernt. Seitdem war er Wilsons vertrautester Ratgeber. Verschiedene Male hat Wilson ihn zu hervorragenden Stellungen in der Union berufen wollen: nach seiner Wahl übertrug er ihm das Finanzwesen der Vereinigten Staaten und nach der Entlassung Bryans die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, aber beide Male lehnte House die ihm angebotenen Stellungen ab und empfahl statt seiner Leute seines Vertrauens wie etwa Lansing. Von seinem Vater, der sich durch Grundstücksspekulationen ein beträchtliches Vermögen erworben hatte, erbte er eine jährliche Rente von 80 000 Mark, und dieses Geld wußte er so geschickt zu verwalten, daß ihm nach Befriedigung seiner persönlichen, allerdings bescheidenen Bedürfnisse noch hinlänglich Mittel blieben, um in bewegten Wahlfeldzügen einzugreifen. Die Selbstlosigkeit, mit der House auf alle ihm angetragenen Ehren und Würden verzichtete, haben ihm in den Vereinigten Staaten den Ruf eines unbestechlichen Politikers und großes Ansehen erworben. Diese Rechtschaffenheit, die es ihm allerdings gestattete, gegen alles Deutsche sehr voreingenommen zu sein, verschaffte ihm die hervorragende diplomatische Rolle, die er im Kriege und jetzt während der Verhandlungen spielte.

Kriegszustand über Argentinien.

New-York, 15. Januar. (Reuter.)

Nach einem Telegramm aus Buenos Aires hat das Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die über die ganze Republik der Kriegszustand verhängt wird. Die Bill erhält sofort Gesetzskraft. Der Minister des Innern erklärte im Abgeordnetenhause, daß zwar die Unruhe in Buenos Aires eingedämmt sei, daß sie sich aber über die Provinzen verbreite, und daß diese um militärische Hilfe ersucht hätten.

Amsterdam, 15. Januar. (W. T. B.)

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge melden die „Times" aus Lima: Infolge des Generalstreiks haben am Montag früh in Callao und Lima alle Betriebe mit Einschluß der Eisenbahnen stillgestanden. Aus Valparaiso und Santiago wird gemeldet, daß dort ebenfalls der Generalstreik ausgebrochen ist.

Arbeiterunruhen in Spanien.

Rücktritt der Regierung bevorstehend?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 16. Januar.

„Daily News" melden aus Madrid: „Die Regierung ist sehr beunruhigt über die Erregung unter der Arbeiterschaft, die sich über ganz Spanien ausbreitet und vor allem in Katalonien und Andalusien sehr heftigen Charakter anzunehmen beginnt. In Katalonien ist in der Tat eine Anzahl Arbeitgeber ermordet worden. Die Täter blieben unerkannt. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Gefahr und läßt die Russen im Lande streng beobachten. Die konservative Presse fordert Repressalien, während die Blätter der Linken politische und wirtschaftliche Reformen empfehlen. Die Lebensmittelteuerung nimmt stetig zu. Die außerparlamentarische Kommission, die für die Regierung in der Frage der Autonomie von Katalonien einen Bericht erstattet, hat ihre Arbeit noch nicht beendet, aber das was davon bekannt ist, findet jede Zustimmung. Die Konservativen unter Dato bereiten einen Angriff auf die Regierung vor, deren Fall in der ersten Cortessitzung erwartet wird. Premierminister Romanones hat bereits erklärt, daß er bereit ist, seine Entlassung zu nehmen, wenn eine starke monarchistische Kombination die Zügel der Regierung in die Hand nehmen will.

Die Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstands

Strafablieferung von 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen. — Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. — Maßnahmen für die Rückerstattung des weggeführten Materials.

Trier, 16. Januar. (T. U.)

Marschall Foch ist namens der Alliierten bereit, den Waffenstillstand unter folgenden Bedingungen um einen Monat zu verlängern:

Obwohl bei den Lieferungen seit der Erneuerung des Waffenstillstandes bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamtzahl nicht die Hälfte dessen erreicht hat, was laut der festgesetzten Vereinbarungen hätte sein sollen.

Infolge dieser besagten Vereinbarungen (Spaa, 17. Dezember, Zusatzaufstellungen 1 und 2) muß die deutsche Regierung also

als Strafe für diese Verzögerung abliefern: 500 Lokomotiven, 19 000 Wagen (davon 4000 für Elsaß-Lothringen).

In Anbetracht einerseits des Willens der alliierten Regierungen, durch die Forderungen der Lieferung dieses ergänzenden Eisenbahnmaterials nicht die Schwierigkeiten Deutschlands zu vermehren, in Anbetracht andererseits der beträchtlichen Behinderung, welche die Verzögerungen der deutschen Regierung bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in den alliierten Ländern verursachen, wird bestimmt, daß die deutsche Regierung als Ersatz für das obenerwähnte und den Alliierten zustehende ergänzende Eisenbahnmaterial **folgende landwirtschaftliche Maschinen und Geräte liefern soll, die unter den durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festzusetzenden Einzelbedingungen am 17. Februar zu übergeben sind: 400 vollständige Dampfpfluggruppen mit doppelter Maschine und dazu eingerichtetem Pfluge; 6500 Sämaschinen; 6500 Düngerstreumaschinen; 6500 Pflüge; 6500 Brabantpflüge; 12 500 Eggen; 6500 Messereggen; 2500 Stahlwalzen; 2500 Crosstill; 2500 Grasmähmaschinen; 2500 Heuwender; 3000 Bindemäher.**

Dieses Material soll neu oder in sehr gutem Zustande sein. Es muß versehen sein mit dem zu jedem Gerät gehörenden Zubehör und mit den Serien der für einen Betrieb von achtzehn Monaten nötigen Ersatzstücken. Es stellt übrigens im ganzen einen Wert dar, der bedeutend unter einem Zehntel des Wertes des geschuldeten Eisenbahnmaterials steht.

Diese Lieferung ist unabhängig von der geschuldeten Rückerstattung des gesamten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten landwirtschaftlichen Materials.

Zu Artikel römisch Zehn **(Kriegsgefangene):**

Die alliierten Regierungen fordern von der deutschen Regierung den Strafvollzug gegen die Schuldigen, sie verfolgen die Durchführung des Vollzugs abgesehen von den neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich genötigt sieht.

Um den russischen Gefangenen eine den Gesetzen der Menschlichkeit entsprechende Behandlung und Heimbeförderung zu sichern, bestimmen die alliierten Regierungen:

Die Offiziere, die von den alliierten und assoziierten Mächten in Deutschland delegiert sind, um unter Beihilfe von Vertretern der Fürsorgevereinigungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den Abtransport der Kriegsgefangenen der Armeen der Entente zu regeln, werden eine mit der Kontrolle der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland beauftragte Kommission bilden.

Diese Kommission mit dem Sitz in Berlin soll befugt sein, nach den Instruktionen der alliierten Regierungen alle auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen unmittelbar mit der deutschen Regierung zu behandeln.

Sie wird seitens der deutschen Regierung alle Erleichterungen des Verkehrs erhalten, die notwendig sind, um die Lebens- und Verpflegungsbedingungen dieser Kriegsgefangenen zu kontrollieren.

Die alliierten Regierungen behalten sich das Recht vor, die Heimbeförderung der russischen Kriegsgefangenen in diese oder jene Gegend anzuordnen, welche ihnen am angemessensten erscheinen wird.

Zu Art. 19: **Finanzielle Bestimmungen.**

In Anbetracht der oben hervorgehobenen Verstöße und um neue Garantien zu nehmen, beschließt das alliierte Oberkommando, sich vorzubehalten: von jetzt aber, wenn dieses für angemessen erachtet wird, **den durch die Forts des rechten Rheinufers gebildeten Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometer vor diesen Forts zu besetzen.** Die Besetzungsgrenze ist auf der beigefügten Karte angegeben.

Diese Besetzung soll drei Tage vorher seitens des alliierten Oberkommandos angezeigt werden; ihr soll keinerlei Zerstörung von Material oder von Räumlichkeiten vorangehen.

Die Linienführung der neutralen Zone von zehn Kilometern soll entsprechend vorgeschoben werden.

Rückerstattung des aus den französischen und belgischen Gebieten weggeführten Materials.

Die alliierten Regierungen haben bestimmt:

§ 1. Da die Rückerstattung des in den französischen und belgischen Gebieten fortgenommenen Materials für die Wiederingangsetzung der Fabriken unentbehrlich ist, sollen folgende Maßnahmen zur Ausführung gelangen:

Es sollen zur Verfügung der Alliierten gelangen, um an die Orte ihrer Herkunft zurückgeführt zu werden, wenn die französische und die belgische Regierung es verlangen: die Maschinenteile industrieller und landwirtschaftlicher Betriebsgeräte, die verschiedenen Zubehörteile jeder Art und im allgemeinen jeder industrielle oder landwirtschaftliche Gebrauchsgegenstand, der aus den Gebieten, welche die deutschen Heere an der Westfront besetzt hatten, unter welchem Vorwande auch immer von militärischen oder Zivilbehörden oder von einzelnen Personen fortgenommen ist.

§ 2. Diese Gegenstände sollen keinerlei Veränderungen und keinerlei Verringerungen ihres Gebrauchswertes erfahren.

§ 3. Um diese Zurückerstattung vorzubereiten, wird die deutsche Regierung der Waffenstillstandskommission schleunigst alle offiziellen oder privaten Rechnungsstücke, die sich auf diese Gegenstände beziehen, übermitteln, ebenso alle Verkaufs-, Miets- oder sonstigen Verträge, den gesamten darauf bezüglichen Schriftwechsel, alle Erklärungen und alle zweckdienlichen Angaben über das Vorhandensein, die Herkunft, die Umwandlung, den augenblicklichen Zustand und den Lagerort dieser Gegenstände.

§ 4. Delegierte der französischen oder belgischen Regierung werden betreffs der angezeigten Gegenstände in Deutschland Feststellungen und Nachprüfungen an Ort und Stelle vornehmen lassen, wenn ihnen diese zweckdienlich erscheinen.

§ 5. Die Rückführung wird gemäß den besonderen Weisungen erfolgen, die von den französischen und den belgischen Behörden gegeben werden und nach den von ihnen getroffenen Entscheidungen.

§ 6. Insbesondere die Lager jeder Art in Paris, auf der Eisenbahn, auf Schiffen oder Werken von Treibriemen, elektrischen Motoren oder Motorenteilen und Schiffahrtsgeräten usw., die aus Frankreich, Belgien, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Elsaß bzw. Lothringen, Italien entnommen wurden.

§ 7. Die Einreichung der in §§ 3 und 4 aufgezählten Auskünfte muß beginnen innerhalb einer Frist von vollen acht Tagen ab 20. Januar 1919 und muß vollständig abgeschlossen sein vor dem 15. Februar 1919.

Staatssekretär Erzberger.

Genf, 16. Januar.

Kammer und Senat haben gestern ihre letzte Session eröffnet. In beiden Häusern sind die bisherigen Präsidenten, Deschanel und Dubost, wiedergewählt worden. In der Kammer hat der sozialistische Abgeordnete Ernestes Lafont eine Interpellation eingebracht über die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der französischen und englischen Regierung über die Reorganisation Europas und über die Haltung gegenüber Rußland bestehen. „Humanité" macht darauf aufmerksam, daß Deutschland bisher die Bedingungen des Waffenstillstandes loyal ausgeführt habe und protestiert gegen die neuen Bestimmungen, die man Deutschland auferlegen will. „Die neuen Bedingungen," schreibt die Zeitung, „werden uns zeigen, ob die Vernunft endlich gesiegt hat. Schon heute protestieren wir gegen die Expedition gegen Polen. Die Erklärungen Lansings zeigen, daß weder in der polnischen noch in der russischen Frage Einigkeit unter den Alliierten herrscht.

Trier, 15. Januar. (W. T. B.)

Die Waffenstillstandskommission teilt mit, daß Marschall Foch endgültige Antwort auf seine Bedingungen am 16. Januar vormittags erwartet.

*

Die neuen Bedingungen, die die Entente für die Verlängerung des Waffenstillstandes um einen weiteren Monat stellen, sind so unbegründet und so unerhört, daß dagegen der schärfste Protest eingelegt werden muß. Es ist zuzugeben, daß die Ablieferung der im Waffenstillstandsvertrage vorgesehenen 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwaggons verzögert worden ist. Aber an diese Verzögerung ist in erster Linie die Entente selbst schuld, die von vornherein Anforderungen stellte, die in die kurzen Zeit bei gleichzeitigem Rücktransport des deutschen Millionenheeres und der Heimbeförderung der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland schlechterdings unerfüllbar waren. Als trotzdem die deutsche Regierung das gewünschte Eisenbahnmaterial nach und nach heranführte, verschärfte die Entente die Abnahmebedingungen willkürlich, so daß aller guter Wille der deutschen Stellen scheitern mußte. Die jetzt vorgesehenen Strafbedingungen versuchen die deutsche Produktion vollends den Todesstoß zu geben. Eine Fortziehung von so viel Tausenden von landwirtschaftlichen Maschinen würde auch den Zusammenbruch unserer Agrarproduktion bedeuten, die nur durch größte Intensität während der Hungerblockade das deutsche Volk „ernähren" konnte. Wo bleibt bei alledem das Recht und die Humanität, die den Frieden diktieren sollen? Wir sehen immer nur Gewalt und wieder Gewalt, und das deutsche Volk wird nach so unendlich vielen körperlichen und seelischen Leiden der Vernichtung preisgegeben.

Note der süddeutschen Staaten an die Waffenstillstandskommission.

Die unerfüllbaren Bedingungen in der Uebergabe des Eisenbahnmaterials.

Trier, 15. Januar. (W. T. B.)

Im Verlauf der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Trier überreichte Staatssekretär Erzberger eine gemeinsame Note der bayerischen, württembergischen und badischen Regierungen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die bayerische, die württembergische und die badische Staatseisenbahnverwaltung haben zu der Uebergabe von Fahrzeugen an die Entente nach dem Waffenstillstandsabkommen folgendes zu erklären:

Trotz des redlichsten Bemühens wird es nicht gelingen, bis zum 16. d. M. die geforderten Leistungen zu erfüllen. Die Durchführung der Ablieferung fiel zusammen mit der Demobilmachung der Westarmee, also der höchsten Inanspruchnahme der Eisenbahnen. Die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse haben den Eisenbahnbetrieb außerordentlich erschwert und den Fortgang der Arbeiten in den Werkstätten gehemmt. Ganz besondere Schwierigkeiten liegen darin, daß der Lokomotiv- und Wagenpark der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen mit den von der Entente geforderten Gattungen nur in geringem Umfang ausgestattet ist; es überwiegen hier die leichten und mittelstarken Lokomotiven. Auch sind die nur in beschränkter Zahl zugelassenen Tenderlokomotiven besonders stark vertreten. Von den Personenwagen wurden bis vor wenigen Tagen die hier fast ausschließlich üblichen Wagen mit Mittelgang zurückgewiesen. Für alle Gattungen von Fahrzeugen, vor allem für die Güterwagen, gilt, daß heute, nach einer Kriegsdauer von 4½ Jahren und der damit zusammenhängenden Absperrung der wichtigsten Bau- und Betriebsstoffe, der Unterhaltungszustand weiter unter den im Frieden üblichen gesunken ist. Würden die Ueberwachungskommissionen dem Rechnung getragen und die Fahrzeuge in der Art und dem Zustand übernommen haben, wie er dem derzeitigen durchschnittlichen Zustand des deutschen Fuhrparks entspricht, so wären die süddeutschen Verwaltungen trotz alledem in der Lage gewesen, die geforderte Anzahl Betriebs- und benutzungsfähiger Fahrzeuge fristgemäß abzuliefern. Die Steigerung der Anforderungen weit über dieses Maß hinaus erfordert eine erhebliche Erstreckung der Fristen. Die süddeutschen Verwaltungen bedienen heute ihren Verkehr ausschließlich mit Fahrzeugen, die den betriebsdienstlichen Anforderungen gerade noch genügen. Ihre Werkstätten arbeiten schon seit Wochen fast nur noch für die Instandsetzung der abzugebenden Fahrzeuge. Der Personen- und Güterverkehr sind aufs äußerste eingeschränkt.

Die unterzeichneten Regierungen erklären hiermit in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung, daß sie das Letzte und Aeußerste getan haben, um die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Sie sind bereit, Abgesandten der Entente vollen Einblick in ihre Lage zu gewähren.

Namens der bayerischen Regierung: gez. Verkehrsminister H. Frauendörfer.

Namens der württembergischen Regierung: gez. Staatsrat K. Stieler.

Namens der badischen Regierung: gez. Ministerialdirektor Herrmann.

Das W. T. B. in Braunschweig besetzt.

Weitere Eingriffe in die Pressefreiheit.

Berlin, 15. Januar. (W. T. B.)

Als ein neues Beispiel für die Art, wie gewisse Parteigänger augenblicklich die Freiheit der deutschen Presse behandeln zu dürfen glauben, veröffentlichen wir nachstehendes Telegramm:

Braunschweig, 15. Januar. In seiner Sitzung vom 14./15. Januar beschloß der A.- und S.-Rat von Braunschweig, daß alle Zeitungen der Republik folgende Notiz ohne jeglichen Kommentar an bevorzugter Stelle zu bringen haben:

„Das Berliner Wolffsche Telegraphenbureau, das in enger Beziehung zur Reichsregierung steht, hat während des Krieges durch dauernde Lügenmeldungen zur Verhetzung des Volkes und zur Verlängerung des Krieges beigetragen. Auch jetzt steht das Wolff-Bureau unter dem Einfluß der Regierung und es lügt und verhetzt weiter. Da durch die fortwährenden Lügenmeldungen des W. T. B. die Bevölkerung gegenseitig verhetzt wird, und dadurch Unruhen und Verwirrungen entstehen, so unterstellen wir sämtliche amtlichen und nichtamtlichen Meldungen des W. T. B. der Vorzensur. Zeitungen, die unzensurierte Wolffmeldungen bringen, haben mit einem Verbote zu rechnen."

Der A.- und S.-Rat beschloß weiter: Das Wolffsche Telegraphenbureau ist zu besetzen, alle dort eingehenden Nachrichten sind zu zensurieren.

Der Konflikt zwischen Hannover und Braunschweig.

Braunschweig gibt nach.

Hannover, 15. Januar. (W. T. B.)

Wie die Abteilung für Presse und Nachrichten im Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, ist bei der heutigen Verhandlung zwischen den bevollmächtigten Vertretern der braunschweigischen Regierungen und dem Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat des 10. A. K. u. a. vereinbart worden, daß auf der Strecke Hannover—Berlin durch das braunschweigische Gebiet sämtliche Züge des öffentlichen Verkehrs sowie Militärzüge und Militärtransporte, soweit sie nicht etwa Truppen enthalten, die für eine Gegenrevolution bestimmt sind, ohne von der braunschweigischen Regierung angehalten zu werden, befördert werden dürfen. Die Hannovertruppen verlassen Borsfelde, das von einer militärischen Besatzung befreit bleibt. Der Verkehr sowohl für Zivil wie für Militär auf den Eisenbahnstrecken der braunschweigischen Republik wird von der braunschweigischen Regierung nicht gestört. Jeder Eingriff in den Verkehr und Betrieb der Eisenbahnen wird von der braunschweigischen Regierung unterlassen. Falls Bahnhofswachen zum Schutz der sicheren Durchführung der Züge und des Privateigentums erforderlich werden, werden sie von der braunschweigischen Regierung gestellt. Dieselbe ist verpflichtet, Familienunterstützung an die im Ostheer eingestellten Kameraden zu zahlen, wie es auch in Preußen ist. Den Kameraden der Ostwehr, die mit Ausweisen versehen sind, wird der ungestörte Aufenthalt in braunschweigischem Gebiet sichergestellt.

Düsseldorf, 16. Januar. (W. T. B.)

Der Vollzugsrat des Arbeiterrates macht bekannt: „Wir sehen uns aus verschiedenen Anlässen genötigt, das Erscheinen der „Düsseldorfer Nachrichten" von heute ab auf drei Tage zu verbieten. Die Schreibweise der bürgerlichen Presse in Düsseldorf hat trotz wiederholter Warnungen unsererseits in den letzten Tagen eher zu als abgenommen. In Anbetracht der ungeheuren Spannung im politischen Leben ist ein solches Verhalten außerordentlich gefährlich." (Wir sind an der Stilisierung dieser Verfügung des Vollzugsrats unschuldig. Welche „Schreibweise", die „eher zu- als abgenommen" hat, der Vollzugsrat meint, muß man erraten. Offensichtlich meint er aber jene „Schreibweise", die sich kritisch mit den Maßnahmen eben dieses Vollzugsrates und mit den gegenwärtigen unerträglichen Zuständen befaßt. Auch der Düsseldorfer Vollzugsrat legt die Pressefreiheit so aus, wie er sie versteht. Die Red.)

Belagerungszustand über Bremen verhängt.

„Diktatur der Räteregierung."

Bremen, 15. Januar. (W. T. B.)

Der Rat der Volkskommissare erließ eine Verfügung, nach welcher, um ferneres Blutvergießen unter allen Umständen zu verhüten, bis auf weiteres außer den Sicherheitspatrouillen weder bewaffnetes Militär noch bewaffnete Arbeiter sich auf den Straßen aufhalten dürfen. Gleichzeitig wurde wieder der Belagerungszustand über Bremen verhängt. In den vier vom Rat der Volksbeauftragten veranstalteten Massenversammlungen erfolgten eingehende Aufklärungen über die gestrigen Vorgänge und Vorschläge über zu ergreifende Maßnahmen, die solche Vorkommnisse für die Zukunft verhindern sollen.

*

Das W. T. B. veröffentlicht hierzu noch folgende Ausführungen:

„In Bremen, wo die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einer proletarischen Räteregierung liegt, ist am 10. Januar das Standrecht verhängt worden. Alle Bürger und Offiziere mußten bei Todesstrafe bis zum 11. Januar ihre sämtlichen Waffen abliefern. Jeder gegenrevolutionäre Versuch wird als Hochverrat mit sofortigem Erschießen geahndet. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr festgesetzt. Ueber sämtliche bürgerlichen Zeitungen ist die Vorzensur verhängt worden. Zugleich sind sie genötigt, in ihrem redaktionellen Teil alles aufzunehmen, was ihnen vom Rate der Volkskommissare oder dessen Vertretern zugestellt wird. Es steht also fest, daß in Bremen unter der Diktatur der Räteregierung eine Gewaltherrschaft aufgerichtet worden ist, die alle die Mittel zur Anwendung bringt, die in Berlin bei der Niederkämpfung des Spartacus-Aufstandes durch die Regierung unter allen Umständen verwunden worden sind."

---

* Der **Frauenarbeitsausschuß der Deutschen demokratischen Partei** veranstaltet am 17. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße 22, eine große öffentliche Frauenversammlung in den Fräulein Dr. Alice Salomon über „Was erwarten wir von der Deutschen demokratischen Partei" sprechen wird. Für die Diskussion sind bereits vorgemerkt Fräulein Dr. Klausner, Fräulein Clara Mleineck und Fräulein Dorothee v. Velsen.

Neue Kämpfe in Westposen.

Neue Kämpfe in Westposen.

Wirsitz und Kolmar von den Polen geräumt.

(Telegramme unseres Sonderberichterstatters.)

b. Züllichau, 16. Januar.

Die Polen machten mit ihrer Hauptmacht bei Kopnitz gestern einen Vorstoß gegen die Stadt Bomst. Der Angriff wurde abgeschlagen. Die Stadt ist noch in deutschen Händen. Auf Bentschen ist seit Sonnabend kein Angriff mehr unternommen worden. Die Bahnstrecke Bentschen—Birnbaum ist fest in deutscher Hand. Bromberg ist noch nicht von Polen besetzt. Ueber den Kreis und die Stadt Krotoschin ist das Standrecht verhängt worden. Die preußischen Adler und die Staatsabzeichen wurden entfernt und die Denkmäler zertrümmert. Haussuchungen werden vorgenommen, die Deutschen werden geschmäht und ihnen die Waffen abgenommen. Dagegen werden die Polen bewaffnet und Versammlungen werden verboten. Infolgedessen sind Wahlvorbereitungen und Wahlen selbst unmöglich. Die Polen veröffentlichen einen Aufruf zum Eintritt ins polnische Heer an alle Polen von 18 bis 35 Jahren.

b. Züllichau, 16. Januar.

Alle Polen, die ehemalige deutsche Soldaten waren, tragen ihre Uniform weiter. Landrat Hohe (Krotoschin) wurde seines Amtes enthoben. Schulrat Schütz wird von Neujahr ab in seiner Wohnung bei Todesdrohung festgehalten. Am 7. Januar verließen viele Beamte den Kreis, da sie entlassen worden waren. Deutsche Geschäftsleute sind schwer geschädigt. Hunderte Lehrer haben die Regierung Schlesiens um Anstellung gebeten, mußten aber an die Regierung Berlin verwiesen worden. Tausende von Flüchtlingen verlassen den Kreis und die Stadt Krotoschin aus Furcht vor Internierung. Bei Kämpfen um Hohensalza haben die Polen schwere Verluste erlitten. Die Verluste der Deutschen waren gering. Die Tochter des Bürgermeisters, die aus dem Fenster sah, wurde durch einen Schuß getötet. Bei Bromberg sind augenblicklich Kämpfe. Das Netzetal ist wieder in deutschem Besitz. Der Kreis Wirsitz ist von den Polen geräumt. Auch Kolmar ist von den Polen geräumt worden, nachdem sie die Eisenbahn und die Brücken gesprengt hatten.

b. Züllichau, 16. Januar.

Zahlreiche Flüchtlinge aus Posen sind hier in Züllichau angekommen. Die Hotels sind überfüllt.

Grenzschutz und Bekämpfung des Polenaufstandes.

Die maßgebenden Regierungsstellen haben Pläne ausgearbeitet, die den Grenzschutz in Ostpreußen und Schlesien betreffen. Zu diesem Zwecke werden Freiwilligenarmeen aufgestellt, die namentlich in Ostpreußen den Grenzschutz übernehmen sollen. Die Räumung der besetzten Gebiete in Kurland und Litauen wird demnächst durchgeführt sein, die Freiwilligenformationen werden also ein Ueberschreiten russischer Truppen auf deutsches Gebiet zu verhindern haben. Im Zusammenhang damit sind Maßnahmen in Erwägung gezogen, den Polenaufstand zu bekämpfen und gegen die Polen, die für den 19. d. M. größere Unternehmungen planen, um die Wahlen zu stören, mit Truppenmacht vorzugehen. Auch zu diesem Zwecke werden Truppen bereitgestellt.

Eine Erklärung der preußischen Regierung.

Berlin, 15. Januar. (Amtlich.)

Der Oberste Polnische Volksrat in Posen hat der Regierung mitgeteilt, daß er zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit die Leitung der Verwaltung der Provinz Posen übernommen und die kommissorische Führung des Amtes des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten dem Rechtsanwalt v. Trampczynski übertragen habe.

Der Oberste Polnische Volksrat hat geglaubt, die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die Regierung gegen diese Maßnahme nichts einzuwenden haben werde. Demgegenüber ist festzustellen, daß bereits mehrere Tage vor Eingang dieser Mitteilung dem Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Posen seitens der preußischen Regierung eröffnet worden ist, Herrn v. Trampczynski stehe keine Befugnis zu, namens der preußischen Regierung irgend welche Amtshandlungen auszuüben; den deutschen Beamten werde eine Fortsetzung ihrer Amtstätigkeit in dem zurzeit unter der Gewalt des Polnischen Volksrates stehenden Gebieten lediglich insoweit freigestellt, als nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen die Interessen der Gesamtbevölkerung es geboten erscheinen ließen. An diesem Standpunkt der Regierung ist durch die eingangs erwähnte Mitteilung des Polnischen Volksrates nichts geändert.

Keine Bevorzugung polnisch-deutscher Kriegsgefangener.

(Telegramm.)

Breslau, 15. Januar. (W. T. B.)

Die Pressestelle des Volksrates zu Breslau, Zentrale für die Provinz Schlesien, teilt mit:

Von polnischer Seite ist die Nachricht verbreitet worden, daß deutsche Kriegsgefangene polnischer Nationalität von der Entente bei der Entlassung bevorzugt würden. Die Ausstreuungen verfolgen offenbar den Zweck, die polnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens, die Angehörige in der Kriegsgefangenschaft hat, zum Anschluß an Polen zu bewegen. Demgegenüber wird von der Deutschen Waffenstillstandskommission in einem Telegramm an den Volksrat festgestellt, daß von einer bevorzugten Entlassung deutscher Kriegsgefangener polnischer Nationalität durch die Entente nichts bekannt ist. Die Verhandlungen über die Gefangenenrückgabe werden zurzeit noch in Trier geführt.

Neue Streikbewegung in Oberschlesien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Oppeln**, 16. Januar.

Auf der Ferdinand-Grube sind von 1000 nur 300 eingefahren; sie erklärten, aber nur zwei Tage arbeiten zu wollen, dann würde der Generalstreik erklärt werden. Auf der Dubensko-Grube haben die Arbeiter neue hohe Forderungen gestellt. Sie mißhandelten den Direktor Prietze und erzwangen ihre Forderungen. Der Soldatenrat in Rybnik stellte die Ruhe wieder her.

Die Wahlbewegung im Reiche.

Die Nationalversammlung in Berlin.

Einberufung in der zweiten Februarhälfte.

Wie die P. P. N. hören, beabsichtigt die Reichsregierung die neugewählte Nationalversammlung auf alle Fälle in der zweiten Hälfte des Februar nach Berlin einzuberufen. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß es im Interesse des Ansehens der Reichsregierung unbedingt geboten erscheint, keinen anderen Ort als Berlin zu wählen. Die Nationalversammlung soll im Reichstagsgebäude zusammentreten. Es sind Anordnungen getroffen, die Arbeiten der neuen gesetzgebenden Körperschaften in Berlin vor Störungen sicherzustellen. Nach den guten Erfahrungen der letzten Tage hofft die Regierung alle Putschversuche in Zukunft niederschlagen zu können. Die Regierungstruppen Berlins haben sich verpflichtet, die Wahlen am 19. d. M. und die Arbeiten der Nationalversammlung unter allen Umständen zu sichern. Aus ihren Reihen ist der Wunsch laut geworden, der Nationalversammlung als Sitz Berlin anzuweisen und von einem Provisorium Abstand zu nehmen. Die Regierung wird diesem Wunsche um so lieber Rechnung tragen, da sie der Meinung ist, daß das Ansehen Berlins als Reichshauptstadt leidet, wenn das neue Parlament irgendwo in Mittel- oder Süddeutschland zusammentritt und eine Tagung außerhalb Berlins das Zusammenarbeiten der Reichsregierung mit dem Parlament erschweren muß. Auch die Platzfrage stößt in anderen Orten auf Schwierigkeiten. Die Regierung zieht zurzeit Truppen bei Berlin zusammen, um jederzeit Gegenrevolutionen und Störungen im Keime ersticken zu können.

Die Reichsregierung wirkt auch weiterhin darauf hin, die Einzelstaaten zu veranlassen, die Parlamente der Einzelstaaten in den Hauptstädten zusammentreten zu lassen.

Die demokratischen Kandidaten für Berlin.

Die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei in Groß-Berlin sind: **Für Stadt Berlin:**

1. Dr. Friedrich Naumann.
2. Arbeitersekretär Gustav Hartmann.
3. Dr. Marie Elisabeth Lüders.
4. Dr. Otto Frentzel.
5. Lehrer Albert Borchardt.
6. Justizrat Dr. Marwitz.
7. Handlungshelfe Hugo Sommer.
8. Obermeister Rettig.
9. Anna Schulze.
10. Dr. Apt.
11. Frau Anita Runze.
12. Stadtrat Wöhning.
13. Assistent Max Modsen.
14. Stadtverordneter Hildebrandt.

Für Teltow-Beeskow, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf:

1. Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg Berlin-Grunewald.
2. Hauptschriftleiter Otto Ruschke, Berlin-Steglitz.
3. Frau Elly Heuß-Knapp, Schöneberg.
4. Privatangestellter E. Rich. Schubert, Berlin-Steglitz.
5. Gemeindevorsteher Gustav Mosig, Königswusterhausen.
6. Lokomotivführer Ernst Gründel, Charlottenburg.
7. Buchdrucker Max Roß, Neukölln.
8. Frau Regine Deutsch, Berlin-Wilmersdorf.
9. Stadtverordneter, Architekt Karl Wenzke, Charlottenburg.

Jeder Stimmzettel, der auch nur einen Namen aus einer anderen Liste enthält, ist ungültig.

Das Präsidium der badischen Konstituante.

Das Ergebnis der Wahlen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

c. **Karlsruhe**, 15. Januar.

Zum Präsidenten der badischen Nationalversammlung wurde der Zentrumsabgeordnete Kopf, zum ersten Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Remmele und zum zweiten Vizepräsidenten der Demokrat Muser ernannt.

*

Das **Karlsruher städtische Hafenamt** wird von den Franzosen besetzt werden. Es werden 60 Mann dorthin verlegt werden. Auch die Mannheimer Hafenanlagen werden von der Entente zwecks Kontrolle der Rheinschiffahrt besetzt werden.

*

□ **Mannheim**, 16. Januar.

Sämtliche bürgerliche Parteien der Rheinpfalz beschlossen für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung eine Verbindung der Listen.

---

* In **Charlottenburg** spricht am Donnerstag, 16. Januar, abends 8 Uhr, in der Augusta-Victoria-Schule, Nürnberger Straße 63, Professor Troeltsch über das Thema: „Die Deutsche Demokratie und die Kirche", Frau Elly Heuß-Knapp über „Die Deutsche Demokratie und die Schule". Am Freitag, 17. Januar, abends 8 Uhr, spricht in der Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 125/126, Frau Regine Deutsch über „Bürgerinnen, was ist eure Pflicht?"

* Der **Bund technischer Berufsstände** bittet um Aufnahme folgender Feststellungen. In fast allen großen Tageszeitungen ist ein gemeinsamer Aufruf der Deutschsozialen, der Deutschen und der Christlichen Volkspartei erschienen, überschrieben an die Techniker. Dieser Aufruf erweckt durch die Anordnungen des Satzes und den übermäßigen Fettdruck des Bundesnamens den Eindruck, als ob er von der Bundesleitung ausginge. Das ist nicht der Fall. Der Bund ist politisch neutral, wie aus der kleingedruckten Bemerkung in dem genannten Aufruf zu entnehmen ist.

* Sämtliche Fakultäten der **Marburger Universität** richteten eine Eingabe an die Regierung auf Erhaltung der theologischen Fakultäten, weil diese wissenschaftlich gleichwertig und schon wegen der allgemeinen Bildung notwendig seien.

* Die **Freiwilligenzentrale der Gardekavallerieschützendivision** befindet sich von heute ab nicht mehr in Dahlem, sondern im Aquarium am Zoo. „Freiwillige vor" ist nach wie vor die Losung. Alle Waffenfähigen werden weiterhin unter den bisherigen Bedingungen dringend um Meldung ersucht.

* In Weimar ist der Landtamnerrat **Viktor Collenbusch**, langjähriger Vertreter der Großgrundbesitzer im weimarischen Landtag, gestorben.

Die Schießereien der letzten Nacht.

Ein Spartacus-Nest ausgehoben.

Nachdem es gestern nachmittag und in den ersten Abendstunden ruhig gewesen, haben die Schießereien in der vergangenen Nacht, trotz der scharfen Bewachung der Straßen und Plätze durch die Truppen, noch nicht aufgehört. Ein heftigeres Gefecht setzte gegen 10¼ Uhr am Gendarmenmarkt ein. Als viele Theaterbesucher auf dem Heimweg waren und zahlreiche Wagen über den Platz fuhren, fiel eine ganze Anzahl Schüsse von einzelnen Dächern, die von den Wachen erwidert wurden. Die Zivilpersonen flüchteten schnell an den Häuserwänden entlang; zum Glück wurde niemand verletzt. — Auch am Potsdamer Platz und von der Königgrätzer Straße her fielen einzelne Schüsse. Die Maschinengewehrmannschaften verlangten freies Schußfeld und erreichten, daß das Publikum den Potsdamer Platz und die Königgrätzer Straße schnell räumte. Das Maschinengewehr trat nicht in Tätigkeit, da die Schüsse bald aufhörten. — Gegen 4 Uhr morgens wurden die Bewohner der Teltower Straße durch Gewehrschüsse beunruhigt, die aus der Gegend des Halleschen Tores kamen. Es handelt sich hier um einen einzelnen Schützen, der stets um dieselbe Nachtzeit von irgendeinem Dache seine Schießerei aufnimmt, von den Regierungstruppen aber, trotz aller Nachforschungen, noch nicht gefaßt werden konnte. — Ein Nest von Spartacus-Leuten wurde heute vormittag um ½9 Uhr in der Dolziger Straße 38 am Viehhof von Regierungstruppen ausgehoben. Den Bewohnern des Hauses und der Nachbarschaft war es aufgefallen, daß jeden Morgen ein Automobil vor dem Hause Nr. 38 vorfuhr, aus dem Pakete in das Haus getragen wurden. Als die Soldaten eindrangen, fanden sie Waffen und Weinvorräte vor, die beschlagnahmt wurden.

Die Besetzung des Parteibureaus der U. S. P.

Halbamtlich wird mitgeteilt: „Bei der gestern vorgenommenen Besetzung von Stadtteilen Groß-Berlins durch die regierungstreuen Truppen zum Zwecke der Waffenabnahme soll es in verschiedenen Fällen zu bedauerlichen Vorkommnissen gekommen sein. Es wird behauptet, daß das Parteibureau der U. S. P. D. von dreißig Soldaten unter Führung eines Offiziers in unerhörter Weise verwüstet worden sei, daß andere Uebergriffe beziehungsweise grundlose vorübergehende Verhaftungen vorgekommen seien. Die Reichsregierung verurteilt solche Ausschreitungen aufs schärfste und wird jeden Schuldigen ohne Nachsicht zur Verantwortung ziehen. Die bis jetzt bekannten Fälle werden schnellstens auf ihre Wahrheit hin untersucht werden, um vor allem festzustellen, ob überhaupt Truppen des Oberbefehlshabers Noske als Täter in Frage kommen. — In dem Falle des Parteibureaus der U. S. P. D. steht bereits einwandsfrei fest, daß es nicht die Noskeschen Truppen, sondern eine Abteilung der Volkswehr aus dem Reichstage war, die dort unter Führung eines Leutnants Schröder eingedrungen ist, angeblich, um Uebergriffe abzuwehren. Der Leutnant ist bereits festgenommen und eine Feststellung des Tatbestandes unter Hinzuziehung von Unabhängigen in die Wege geleitet."

*

Der Wilmersdorfer Magistrat hat Stadtrat Junghans zum Oberführer der in Wilmersdorf befindlichen regierungstreuen Bürger- und Volkswehren eingesetzt. Stadtrat Junghans ist für Wilmersdorf die oberste polizeiliche und militärische Instanz. Oberst Heinrichs ist von der Leitung der Bürgerwehr zurückgetreten.

Ein polnisches Konsulat in Berlin. Die Geschäftsräume des Konsulats der polnischen Republik befinden sich Potsdamer Straße 62.

Eine halbe Million Mark Kriegsanleihe erbeutet. Einem neuen Gaunertrick sind hier zahlreiche Personen zum Opfer gefallen. In der letzten Woche erließ ein gewisser Paul Behrens Anzeigen in den Zeitungen, wonach er Kriegsanleihe zum Preise von 96 Prozent kaufe. Behrens empfing am Sonnabend nachmittag und Sonntag vormittag seine Opfer in einem möblierten Zimmer in der Kantstraße. Er wies ihnen ein Telegramm vor, nach dem ihm 320 000 Mark aus Naugard an die Reichsbankstelle überwiesen worden seien und bezahlte die ihm übergebenen Wertpapiere mit Schecks. Da die Banken nun am Sonnabend nachmittag und Sonntag geschlossen sind, konnten die Kriegsanleihevertäufer erst am Montag die verschiedenen Schecks bei den Banken vorweisen. Hier erfuhren sie, daß Behrens kein Bankguthaben habe. Auf diese Weise hat der Schwindler, der natürlich unterdessen spurlos verschwunden ist, Kriegsanleihe im Werte von nahezu einer halben Million erbeutet.

Wiederaufnahme des Hochbahnverkehrs

Unterirdische Versammlung.

Der Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn hat sich heute nach Beendigung des Streiks wieder glatt abgewickelt und den Verkehr auf der überfüllten Straßenbahn erfreulich entlastet. Das Neueste auf dem Gebiete der Versammlungen dürfte die unterirdische Versammlung gewesen sein, die gestern etwa 3000 Angestellte der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen im Bahnhof Inselbrücke abhielten. Von abends 6 Uhr bis um ½10 Uhr mußten die Angestellten und Arbeiter warten, bis der Arbeitsausschuß, der seit 3 Uhr nachmittags in Verhandlungen mit der Direktion stand, endlich erschien. Der Bericht, den der Obmann Ortmann über die endlich erzielte Einigung erstattete, wurde mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen, da die Angestellten und Arbeiter nicht die Lohnerhöhungen erhielten, die sie verlangten. Es bedurfte der ganzen Ueberredungskunst der verschiedenen Obleute, um die enttäuschten Teilnehmer an der Versammlung zur Zustimmung zu bewegen. Nach langen Debatten, die sich bis nach 11 Uhr nachts hinzogen, schritt man zur Abstimmung, in der sich eine Dreiviertelmajorität für die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage aussprach.

*

Auch im **Omnibusbetrieb** ist eine Lohnbewegung im Gange. Zwischen der Direktion der Omnibusgesellschaft, dem Transportarbeiterverband und den Angestellten der Omnibusgesellschaft haben Verhandlungen wegen einer Lohn- und Tariferhöhung stattgefunden. Nach den neuen Lohnsätzen sollen die Angestellten Zulagen bis 250 Prozent erhalten. Die Lohnerhöhungen treten sofort in Kraft und gelten vorläufig bis 25. März. Der Tarif wird infolgedessen eine wesentliche Erhöhung erfahren.

* Die „Reichs-Industrieaktie".

Ein Vorschlag zur Vermögensabgabe und zur Sozialisierung.

Ingenieur Josef Rieder schreibt uns: **Wenn man den Begriff „Sozialisierung der Industrie"** sinngemäß auffasst, so muss man jede Entwicklung, die die Gewinne aus industriellen Unternehmungen, mehr als dies bisher der Fall war, in die breite Masse des Volkes zurückfliessen lässt, als einen Schritt auf diesem Wege betrachten. An sich ist ja auch die private Vergesellschaftung von Grossbetrieben, d. h. die Bildung von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bereits ein solcher Schritt gewesen, der die Gewinne der Industrie auf die Allgemeinheit verteilt. Leider ist die Ausnützung dieser Möglichkeit in der Praxis sehr erschwert. Einmal ist der Betrag von 1000 Mark für den kleinen Mann schon ziemlich hoch, und ausserdem ist die Möglichkeit, Geld zu verlieren, zu gross. Davor ist nicht einmal der Angestellte einer Gesellschaft geschützt, der Aktien seiner Firma besitzt, wie die Erfahrung gelehrt hat. Ein Spielerpapier nützt dem kleinen Sparer nicht viel. Hier wäre vielleicht Gelegenheit gegeben, zwei Fliegen mit einem Schlage zu treffen. Nehmen wir an, es würde eine Vermögensabgabe seitens der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung bezw. seitens der Inhaber der Anteile dieser Unternehmen in natura, d. h. in Wertpapieren ihrer Betriebe erfolgen, so wäre der Staat Aktienbesitzer im allergrössten Massstabe. Er könnte von der eingehenden Dividende wieder seinerseits die Zinsen der Staatsobligationen bezahlen. Er könnte aber auch eine andere Operation vornehmen, die, meiner Ansicht nach, viel wertvoller für die Allgemeinheit wäre.

Er könnte ein grosszügiges Bankunternehmen gründen, das neue Aktien in der Höhe des Nennwertes der erhaltenen Aktien ausgeben und dem Publikum zum Kaufe anbieten würde, und zwar in kleinen Anteilen von 100, eventuell sogar von 30 Mark. Der Käufer bekäme am Ende des Jahres eine Dividende, die dem Durchschnittsgewinn aus der gesamten Beteiligungen der Industrie entspräche, und würde, da ja auch in schlechten Zeiten von einem Teil gut verdient würde, nie ohne Dividende ausgehen. In demselben Umfange aber, in dem die Reichsindustrieaktie abgesetzt würde, würden Reichsschuldenpapiere unter den Tisch fallen. Es könnte auch die Einrichtung so getroffen werden, dass Kriegsanleihe etc. gegen diese Aktien ausgetauscht würde. Der Geldmarkt würde also nicht neu belastet. Von der Dividende bezöge der Staat eine Steuer, wie von den anderen Dividendenpapieren auf dem freien Markt.

Es wäre durch das eingeschlagene Verfahren die Gelegenheit geboten, dass auch der kleinste Mann an den Erträgnissen der Industrie interessiert werden könnte, und diese Entwicklung liesse sich noch dadurch fördern, dass bei Ausgabe von Gratifikationen an Angestellte, Arbeiter usw. derartige Aktien an Stelle von Barbeträgen verteilt würden, falls die Gratifikationsempfänger dies wünschten. Das Reichsinstitut könnte, wenn sich das System bewährt, auch weitere Aktien von guten Gesellschaften erwerben, sich an Emissionen beteiligen und dadurch einen weitergehenden Einfluss auf dem Emissions- und Kapitalmarkt erlangen.

Die kleinen und kleinsten Privatunternehmen könnten allerdings nicht in das System hineingezogen werden. Sie müssten ehnehin weitgehend geschont werden, denn sie bilden, wenigstens zum grossen Teil, die jungen Pflänzchen, aus denen neue, grosse Unternehmen werden können. In diesem Sinne könnte eine Vermögensabgabe in Aktien und Anteilen dahin führen, dass die deutsche Industrie nach und nach Volkseigentum im besten Sinne des Wortes werden würde, ohne dass die Unternehmungen selbst an ihrem Lebensnerv getroffen werden.

* * *

Wir haben die obige Zuschrift, die einen schätzenswerten Beitrag zu den im „Berliner Tageblatt" verschiedentlich gegebenen Anregungen über eine Beteiligung des Staates an der Industrie auf dem Umwege über die Vermögensabgabe darstellt, gern veröffentlicht. Wir glauben, dass sie einen guten Kern enthält, und zwar schon deswegen, weil sie dem Staat die Möglichkeit gibt, die Kontrolle über die grossen Industrien in seiner Hand zu behalten, sein finanzielles Engagement an ihnen aber durch Unterbringung von Reichsindustrieaktien in der Bevölkerung sozusagen zu „rediskontieren." Allerdings dürfte eine Bank, wie die oben geschilderte, nichtwahllos die Anteile aller industriellen Unternehmungen erwerben, bezw. in Anrechnung auf die dem Reiche zu zahlende Vermögensabgabe annehmen, sondern sie müsste sich auf die Werte grossindustrieller Betriebe — gleichgültig jedoch, ob sie in der Form von Aktiengesellschaften, G. m. b. H.'s usw. betrieben werden, oder sich in starker Privathand befinden — beschränken. Auch sichere Obligationen, Hypotheken, die zur Abgeltung der Vermögensabgabe dem Reiche übergeben werden, könnte sie erwerben und verwalten. Eine solche Regelung würde nicht hindern, dass Privatleute und kleinere gewerbliche Firmen ihre Vermögensabgabe in anderer Form entrichten können, also durch Barzahlung, Ratenzahlung, Hingabe von Kriegsanleihen usw. Es ist von manchen Seiten gegen die Vermögensabgabe überhaupt und gegen ihre Zahlung in natura eingewendet worden, dass der Staat gar nicht in der Lage sein würde, eine so grosse Anzahl von verschiedenartigen Vermögensobjekten, wie sie ihm auf diesem Wege zufliessen würden, zweckmässig und ertragreich zu verwalten. Wir teilen diese Bedenken nicht und weisen darauf hin, dass jede unserer heutigen Grossbanken bereits in ähnlicher Weise, wenn auch in kleinerem Massstabe, Besitzerin und Verwalterin derartiger Vermögenskomplexe ist. — Es handelt sich nur um eine Steigerung der Quantität, und sie bietet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten.

* **Reichsbank.** Nach der starken Inanspruchnahme der Vorwoche zeigen die Anlagekonten der Reichsbank in der ersten Januarwoche eine erhebliche Entlastung. Die gesamte Kapitalanlage ging von 27 577 Mill. M. auf 26 156 Mill. M. zurück; für die bankmässige Deckung allein genommen belief sich die Ermässigung auf 14,44 Mill. M. Auf der anderen Seite weisen auch die fremden Gelder einen erheblichen Rückgang auf, nämlich um 1411 Mill. M. auf 11 870 Mill. M. Erfreulicherweise blieb der Zahlungsmittelbedarf in der Berichtswoche gegenüber den gewaltigen Ansprüchen der Vorwochen ganz erheblich zurück. An Banknoten mussten 149 Mill. M. neu in den Verkehr gegeben werden, während der Zuwachs des Notenumlaufs in der Vorwoche 1064 Mill. M., in der dritten Dezemberwoche 1119 Mill. Mark betragen hatte. Der gesamte Notenumlauf der Reichsbank stieg mithin bis zum 7. Januar 1919 auf 22 537 Mill. M. Im Umlauf der Darlehnskassenscheine war in der ersten Januarwoche zum erstenmal seit der dritten Juliwoche des Vorjahres ein Rückfluss zu verzeichnen, nämlich um 79 Mill. M. gegenüber einem Abfluss von 41 Mill. M. in der Vorwoche und 51 Mill. M. in der dritten Dezemberwoche 1918. Der Betrag der im freien Verkehr befindlichen Darlehnskassenscheine sank damit auf 10 031 Mill. M. Im Vergleich mit der ersten Januarwoche des Vorjahres ist die Entwicklung des Zahlungsmittelverkehrs immer noch ungünstig: denn während diesmal an Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen 70 Mill. M. neu ausgegeben wurden, waren vor einem Jahre Rückflüsse von insgesamt 193 Mill. M. zu verzeichnen gewesen. Der Goldvorrat nahm in der abgelaufenen Woche um 2 Mill. M. ab; die Bestände an Scheidemünzen und Reichskassenscheinen erfuhren nur geringfügige Veränderungen. Der gesamte Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen ermässigte sich durch Rückzahlungen um 36 Mill. M. auf 15 590 Mill. M. Ein dieser Abnahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen musste seitens der Reichsbank der Darlehnskasse zurückgegeben werden. Da, wie oben erwähnt, aus dem Verkehr ein Betrag von 79 Mill. M. in die Kassen der Bank zurückfloss, zeigt der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen eine Erhöhung auf 5398 Mill. M. Auf die neunte Kriegsanleihe wurden in der ersten Januarwoche — der dritte Einzahlungstermin, an dem 25 pCt. und damit bisher 75 pCt. erlegt werden mussten, fiel auf den 9. Januar — weitere 255,5 Mill. M. Einzahlungen geleistet, so dass bis zum 7. Januar dem Nennwerte nach insgesamt 10 164,7 Mill. M., das sind 97,34 pCt. des Zeichnungsergebnisses von 10 443 Mill. M., eingezahlt sind. Die von den Darlehnskassen für die Zwecke der neunten Kriegsanleihe beweliehenen Darlehen gingen um 22,5 Mill. M. auf 156,6 Mill. M. zurück und machen damit 1,54 pCt. des Nennwertes der bisherigen Einzahlungen aus.

* **Rigorose Bedingungen beim Verkauf von Heeresgut.** Uns werden von einer Firma die folgenden Lieferungsbedingungen übermittelt, die das Verwertungsamt, Abteilung Eisenwaren beim Verkauf von Heeresgut (Lokomotiven, Schienen usw.) stellt. Diese Bedingungen sind folgende:

Das nachstehende Angebot ist sowohl hinsichtlich der Preise als auch der Lieferungsbedingungen freibleibend und unverbindlich. Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Die Preise verstehen sich ab Lager, frei Bahnwagen. Der Versand geschieht zu Lasten des Empfängers. Die Zahlung ist in bar oder Kriegsanleihe vor dem Versand zu leisten. Sollten anstatt neuer Geräte, wie angeboten, gebrauchte zur Ablieferung gelangen, so wird deren verhältnismässiger Minderwert durch eine Kommission abgeschätzt und bei der Schlussabrechnung berücksichtigt."

Man hätte erwarten dürfen, dass die Bedingungen doch etwas mehr den praktischen kaufmännischen Bedürfnissen angepasst worden wären. Nach den jetzt bestehenden „Vorschriften" hat der Käufer zunächst den Preis zu erlegen. Er weiss nicht, ob er neue oder vollkommen abgenutzte Ware erhält, die vielleicht für ihn unbrauchbar ist. Er weiss nicht, von wo er die Ware erhält, von Königsberg oder Berlin. Die von ihm zu zahlende Fracht verteuert aber bei Lokomotiven und Bahnmaterial auf weitere Strecken den Preis ganz erheblich. Und schliesslich ist das Verwertungsamt auch noch nicht einmal an die Lieferungsbedingungen gebunden. Dass komme das umständliche Verfahren mit der Schätzungskommission, falls keine neue, sondern gebrauchte Ware geliefert wird. Unter diesen Umständen wird wohl mancher, der gern vom Verwertungsamt Material übernommen hätte, auf den Kauf verzichten, nicht gerade zum Vorteil der Reichskasse und zur Wiederbelebung der Wirtschaft.

* **Die Kursentwicklung der Kalipapiere.** Die Bankfirma Gebr. Dammann in Hannover veröffentlicht eine kleine Schrift „Der Kalimarkt während des Krieges", in der u. a. auch eine statistische Zusammenstellung über die Kursentwicklung der Kalipapiere während des Krieges gegeben wird. Wir geben daraus die folgenden Kurse wieder:

	25. 7. 1914	Höchstkurs in 1918 Kurse in M.	31. 12 1918
Alexandershall	9 750	29 000	14 200
Bergmannssegen	6 800	17 500	8 950
Carlsfund	4 500	16 500	6 800
Glückauf-Sondershausen	17 500	39 500	17 600
Hohenfels	4 800	14 500	7 000
Sachsen-Weimar	7 000	22 500	12 000
Aktien in Prozent			
Aschersleben	127	282	134
Friedrichshall	122¾	260	150
Deutsche Kaliwerke	109¼	265	136
Heldburg	33	146	78
Westeregeln	159½	360	190

Aus diesen Zusammenstellungen ist ersichtlich, dass gegenüber den enormen Kurssteigerungen, die die Kaliwerte im Laufe des Krieges erfahren haben, sehr beträchtliche Kursrückgänge in den letzten Monaten zu verzeichnen waren. Trotzdem waren die Kurse Ende Dezember 1918 zumeist noch höher als vor Ausbruch des Krieges.

* **Neue Tochtergesellschaften der Auergesellschaft.** Die elektrischen Glühlampenfabriken der Auergesellschaft, Berlin, werden seit 1. Januar d. J. als Tochtergesellschaft unter der Firma „Osramwerke G. m. b. H. Kommanditgesellschaft" weitergeführt. Ebenso sind die Fabriken für Gasglühlicht, Beleuchtungskörper und Beleuchtungsgläser für Gas und elektrisches Licht, für elektrische Heiz- und Kochapparate in eine besondere Gesellschaft unter dem Namen „Auerlicht Gesellschaft m. b. H. Kommanditgesellschaft" ab 1. Januar d. J. umgewandelt worden.

⚜ **Charlottenburger Wasserwerke Akt.-Ges.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 4 pCt. fest. Auf der Tagesordnung stand eine ganze Reihe überwiegend formaler Satzungsänderungen, die genehmigt wurden. Erwähnt sei, dass die feste Vergütung für jedes Mitglied des Aufsichtsrates fortan 4000 M. pro Jahr beträgt, bisher hatten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine feste Vergütung nicht bezogen. Auf Antrag eines Aktionärs wurde diesem Beschluss rückwirkende Kraft für das Berichtsjahr gegeben. Bezüglich der Aussichten lässt sich, wie der Vorstand mitteilte, etwas Bestimmtes nicht sagen. Den erheblich angewachsenen Gestehungskosten sowie Materialpreisen, insbesondere Kohle und Eisen, ständen ausgleichende Mehreinnahmen nicht gegenüber. Die Verwaltung hoffe, dass durch baldige Massnahmen eine Erhöhung der Tarife der Gesellschaft möglich sein werde.

* **Die Siegersdorfer Werke vorm. Friedrich Hoffmann Akt.-Ges.** hat im Geschäftsjahr 1917/18 einen Fabrikationsgewinn in Höhe von 1 834 479 M. (i. V. 1 353 579 M.) erzielt. Nach Abzug von 1 556 257 M. (1 225 529) Unkosten und 126 533 M. (106 117) Abschreibungen verbleibt ein Ueberschuss von 171 416 M. (23 932). Die Verwaltung schlägt vor, eine Dividende von 5 pCt. zu zahlen und 38 416 M. auf neue Rechnung vorzutragen. In 1916/17 wurde keine Dividende gezahlt, sondern der erzielte Ueberschuss auf neue Rechnung vorgetragen.

* An der Börse

entwickelte sich heute kein lebhafterer Verkehr, und die Haltung war nicht ganz einheitlich. Die Befürchtungen hinsichtlich einer Sozialisierung des Bergbaus, die durch die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates in Essen verstärkt worden sind hielten die Stimmung unter Druck, während andererseits die Verlängerung des Waffenstillstandes der Tendenz einen gewissen Rückhalt gab. Am Montanaktienmarkt konnten daher die meisten Werte trotz des erwähnten ungünstigen Momentes ihren Kursstand behaupten, teilweise sogar verbessern. Einiges Angebot lag aber in den Aktien des Phönix und der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges. vor, das deren Kurse zum Weichen brachte.

Unter den Rüstungswerten stellten sich die Aktien der Gebr. Böhler-Akt.-Ges. und der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken niedriger im Kurse, höher hingegen besonders die Aktien der Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Das Geschäft war auf diesem Gebiet sehr still, ebenso in Elektrizitätsaktien, die bei verhältnismässig fester Haltung wenig verändert waren. Etwas stärker, nämlich um 2pCt., zogen die Aktien der Felten u. Guilleaume-Werke im Kurse an.

In Anilinwerten kam es nur teilweise zu Umsätzen. Höher notiert wurden die Aktien der Badischen Anilinfabrik. Dagegen gingen die Aktien der Elberfelder Farbenfabriken um 2 pCt. im Kurse zurück. Die Aktien der Deutschen Kaliwerke erzielten eine Kurssteigerung um nahezu 4 pCt. Schiffahrtsaktien hatten überwiegend Kursbesserungen zu verzeichnen, und zwar u. a. die Aktien des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie. Im Kurse rückgängig waren die Aktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Die Aktien der Grossen Berliner Strassenbahn bröckelten etwas im Kurse ab, ebenso die Aktien der Luxemburgischen Prinz-Heinrich-Bahn und Lombarden.

Variable Kurse.

	15. 1.	Heutige Kurse.			15. 1.	Heutige Kurse.		
Pr. Henry	186½	186¾	—	—	O. Eis.-Ind.	116	—	—
Orientb.	—	—	—	—	Phönix	169¼	191¼	192
Schantg.	97	—	—	100	Rhein. St.	133	—	—
Gr. Berl.	122	121½	—	—	Rombach	146	—	—
Türk. Tab.	—	—	—	—	A. t. Anil.	227	—	—
Brauerei	124¾	—	—	—	Bad.	179	179¼	—
Hbg. Pak.	87¼	88¼	—	88	Bib. Farb.	272	270	—
Südam.	138	136	—	—	Höchster	214	—	—
Hansa	174¼	174½	175¼	174	A E G	168	169¼	—
Nd. Lloyd	88	88½	—	—	Bergmann	154½	154¼	—
Bismarck	193	193½	193	—	Siem. n. H.	170¾	—	—
Bochumer	191¼	192	—	191½	Schuckert	181½	—	—
Dt. Luxb.	112½	113½	—	—	Felt. Guill.	145	147	—
Gelsenk.	142¾	—	—	142¾	Gb. Böhler	156½	155	—
Harpener	166¼	—	—	—	Dt. Waffen	160	156	—
Hohenlohe	109¼	106	—	—	Hirsch K.	161¾	—	—
Kattowitz	130	—	—	—	V. Köln-R.	150¼	155	—
Laura	130	133	—	—	Orenstein	140	—	140
Lothr. Hüt.	133	—	—	—	Rhein. Met.	—	—	—
Mannesm.	175¼	176	—	—	Daimler	179	179	—
Ob. Eis.-B.	183½	180¾	181¾	181½	dt. Kali	143	146¾	—

Im Verlauf der Börse trat keine Belebung des Verkehrs ein, doch erfolgten teilweise kleine Kurssteigerungen.

Fonds-Telegramme.

Zürich, 15. Januar. (Privat-Telegramm.) Devisenkurse. Berlin 59 (K. v. 14: 60,75). Wien 30.15 (30.25). Holland 204 (203.25). New-York 484 (481). London 23.04 (22.90). Paris 88,60 (88). Italien 75.35 (75). Kopenhagen 128,75 (128,50). Stockholm 140 (137.50). Kristiania 135 (135). Petersburg 65 (66.50). Madrid 97½ (97.25). Buenos-Aires 216 (217).

Kopenhagen, 15. Januar. Sichtwechsel auf Hamburg 47,25 (K. v. 14.: 47,25), auf Amsterdam 158,75 (158,75), auf schweizerische Plätze 78 (78), auf London 17,85 (17,85), auf Paris 69 (69).

Stockholm, 15. Januar. Sichtwechsel auf Berlin 44 (K. v. 14.: 43,50), auf Amsterdam 146,25 (146,25), auf schweizerische Plätze 72 (72,25). auf London 16,47 (16,45), auf Paris 63,50 (63,50).

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Sichtershelbe; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtssaal und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelsteilung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Barons-Schöneberg. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.